AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 16. APRIL 2026

GESCH.-NR.	2022-0608	
BESCHLUSS-NR.	2026-99	
IDG-STATUS	öffentlich	
SIGNATUR	**02**	**Bildung**
	02.04	**Volksschule**
	02.04.05	**Tagesschulen**
BETRIFFT	**Antrag des Stadtrates betreffend Kreditbewilligung der Projektkosten für die Schule Plus (Tagesschule) / Substantielles Protokoll**	

[…]

4. Geschäft-Nr. 2025/117
Antrag des Stadtrates betreffend Kreditbewilligung der Projektkosten für die Schule Plus (Tagesschule)

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament mit Beschluss (SRB-Nr. 2025-273) vom 18. Dezember 2025 mittels Auszug aus dem stadträtlichen Protokoll vom 18. Dezember 2025 folgenden Antrag:

DAS STADTPARLAMENT

AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND GESTÜTZT AUF ART. 21 ZIFFER 5 DER GEMEINDEORDNUNG

BESCHLIESST:

1. Für das Projekt «Schule plus» wird ein Kredit von Fr. 210'000.- zu Lasten der Investitionsrechnung, Projekt-Nr. 3100.5290.001, Anlagen-Nr. 11466, bewilligt.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
   a. Schulpflege
   b. Abteilung Bildung
   c. Abteilung Finanzen
   d. Abteilung Präsidiales, Parlamentsdienst (dreifach)

Stadthaus
Märtplatz 29
Postfach
8307 Effretikon

Telefon 052 354 24 16
praesidiales@ilef.ch
www.ilef.ch
facebook.com/stadtilef

Energiestadt
european energy award

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 16. APRIL 2026

GESCH.-NR. 2022-0608
BESCHLUSS-NR. 2026-99

Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die separaten Akten verwiesen.

BERICHT DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

Die Vorberatung dieses Geschäftes fand durch die Geschäftsprüfungskommission statt. Mit ihrem Bericht vom 24. März 2026, nach Einsicht in den Mitbericht der Rechnungsprüfungskommission, unterbreitet eine Mehrheit der Geschäftsprüfungskommission dem Parlament die Empfehlung, für das Projekt «Schule Plus» einen Kredit von Fr. 210'000.- zu Lasten der Investitionsrechnung zu genehmigen.
Eine Minderheit (3 Stimmen) beantragt dem Stadtparlament, den Antrag des Stadtrates abzulehnen und den genannten Kredit nicht zu genehmigen.

PLENARDEBATTE

Verzicht auf die Durchführung einer Eintretensdebatte, da die anwendbaren Bestimmungen der parlamentarischen Geschäftsordnung (Art. 64 GeschO STAPA) eine grundsätzliche Einführungsdiskussion im vorliegenden Fall nicht zwingend vorschreiben.

REFERAT GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION
REFERENTIN KATHARINA MORF, FDP

Katharina Morf, FDP, Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, erläutert den Antrag des Stadtrates zur Bewilligung des Projektkredits für «Schule plus» sowie den Mehrheitsantrag der Geschäftsprüfungskommission.

Sie führt aus, das Anliegen einer Tagesschule sei bereits im Jahr 2021 mehrfach im Parlament eingebracht, zwischenzeitlich zurückgezogen und im Jahr 2022 verbindlich überwiesen worden. Damit habe das Parlament dem Stadtrat einen klaren Handlungsauftrag erteilt.

Sie hält fest, die Geschäftsprüfungskommission habe sich an sechs Sitzungen mit der Vorlage befasst. An einer gemeinsamen Sitzung mit der Rechnungsprüfungskommission hätten der Ressortvorsteher Bildung, Samuel Wüst, sowie die Leiterin Bildung, Franziska Bürgisser, das Projekt vorgestellt, dessen Ziele erläutert und offene Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich beantwortet. Da die Rechnungsprüfungskommission einen Mitbericht zur Vorlage verfasst habe, habe sie sich vertieft mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Der Mitbericht sei den Sitzungsunterlagen beigefügt. Die Rechnungsprüfungskommission unterstütze den beantragten Projektkredit einstimmig.

Sie verweist darauf, dass die Gemeinden im Kanton Zürich gesetzlich verpflichtet seien, während der Schulzeit bedarfsgerechte Betreuungsangebote sicherzustellen. In Illnau-Effretikon werde dieser Auftrag bereits heute mit einem flexiblen und modularen Betreuungssystem erfüllt. Das Angebot werde gut genutzt, und die Nachfrage steige insbesondere in den unteren Primarstufen kontinuierlich an.

Die Schulpflege habe deshalb im Jahr 2022 ein breit abgestütztes Projektteam eingesetzt. Dieses habe verschiedene Schulmodelle geprüft, Schulen besucht und mögliche Lösungen evaluiert. Mit dem vorliegenden Konzept «Schule plus» sei ein integriertes Modell entwickelt worden, das mehrere Zielsetzungen verfolge. Sie

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 16. APRIL 2026

GESCH.-NR. 2022-0608
BESCHLUSS-NR. 2026-99

erklärt, den Gemeinden stünden grundsätzlich zwei Modelle offen: klassische Tagesstrukturen oder Tagesschulen. Während Tagesstrukturen die Betreuung an Unterrichtstagen von 7.30 Uhr bis 18.00 Uhr gewährleisteten, verbänden Tagesschulen Unterricht und Betreuung durch pädagogische, organisatorische und räumliche Massnahmen. Dadurch werde eine ganzheitliche Förderung der Kinder ermöglicht. Gleichzeitig müsse auch bei einem obligatorischen Betreuungsangebot die Wahlfreiheit bestehen bleiben.

Morf führt aus, veränderte Familienstrukturen machten flexiblere Schul- und Betreuungsmodelle erforderlich. Tagesschulen verbesserten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und böten den Kindern mehr Konstanz und Sicherheit im Alltag. Zudem erhielten diese Unterstützung bei der Betreuung und bei den Lernzeiten. Dieser Punkt werde von der Minderheit der Geschäftsprüfungskommission später noch thematisiert.

Sie betont, dass in Tagesschulen durch das Zusammenleben von Kindern unterschiedlichen Alters auch soziale Kompetenzen und Persönlichkeitsentwicklung gefördert würden. Darüber hinaus verbesserten sich die Chancen insbesondere für weniger privilegierte sowie fremdsprachige Kinder. Gemeinsame pädagogische Konzepte trügen zudem zur Qualitätssteigerung im Unterricht und in der Betreuung bei.

Die Schule wolle in Illnau-Effretikon mit «Schule plus» ein umfassendes Angebot für Primarschülerinnen und Primarschüler von morgens bis 18.00 Uhr schaffen. Da das Modell auf einer hohen Freiwilligkeit beruhe, sei bewusst auf die Bezeichnung «Tagesschule» verzichtet und stattdessen der Begriff «Schule plus» gewählt worden. Zu den Kernelementen des Konzepts gehörten eine gemeinsame Führung von Unterricht und Betreuung, eine engere Zusammenarbeit der Mitarbeitenden sowie eine gemeinsame Leitung. Die Lernzeiten und die Hausaufgaben sollten künftig im regulären Unterricht integriert werden. Grössere Projekte würden hingegen weiterhin teilweise zu Hause gemeinsam mit den Eltern bearbeitet.

Sie hält fest, dass auch eine gemeinsame Nutzung der Räumlichkeiten vorgesehen sei. Sie sei sich bewusst, dass dieser Punkt Herausforderungen mit sich bringen könne. Auch der Ressortvorsteher Bildung habe bestätigt, dass dies eine anspruchsvolle Aufgabe darstellen werde. Durch einheitliche Stundenpläne könnten jedoch zahlreiche Abläufe sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für das Schulpersonal vereinfacht werden.

Katharina Morf verweist darauf, dass mögliche Herausforderungen insbesondere im Fachkräftemangel sowie in der Verfügbarkeit geeigneter Räumlichkeiten lägen. Diese Punkte sollen im Rahmen der etappenweisen Einführung laufend überprüft werden.

Sie fasst zusammen, dass die Kinder von einer ganzheitlichen Förderung sowie einer individuellen Unterstützung profitierten. Gleichzeitig erhielten die Eltern mehr Planungssicherheit und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Durch die engere Zusammenarbeit der Mitarbeitenden könnten Prozesse effizienter gestaltet werden. Insgesamt gewinne die Schule dadurch an Qualität, Effizienz und Attraktivität. Die Einführung von «Schule plus» sei für den Zeitraum von 2026 bis 2029 mit einer anschliessenden Evaluation vorgesehen. Der beantragte Projektkredit belaufe sich auf 210'000 Franken.

Abschliessend bedankt sie sich im Namen der Geschäftsprüfungskommission bei der Abteilung Bildung sowie beim zuständigen Stadtrat für die geleistete Arbeit. Das Konzept «Schule plus» stelle eine sinnvolle Weiterentwicklung der bestehenden Schul- und Tagesstrukturen dar. Es trage den gesellschaftlichen Veränderungen und dem steigenden Betreuungsbedarf Rechnung, stärke die Planungssicherheit der Familien bei gleichbleibender Wahlfreiheit, fördere die Chancengleichheit und erhöhe die Attraktivität des Standortes Illnau-Effretikon. Die Mehrheit der Geschäftsprüfungskommission unterstütze deshalb den Antrag des Stadtrates auf Bewilligung des Projektkredites von 210'000 Franken zulasten der Investitionsrechnung. Die Minderheit werde ihre Position anschliessend selbst darlegen.

Sie ergänzt, die FDP/JLIE-Fraktion werde dem Projektkredit einstimmig zustimmen.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 16. APRIL 2026

GESCH.-NR. 2022-0608
BESCHLUSS-NR. 2026-99

REFERAT GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION MINDERHEIT
REFERENT URBAN JORDAN, SVP

Urban Jordan, SVP, Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, hält fest, der Titel «Schule plus» klinge grundsätzlich positiv. Er stelle sich jedoch die Frage, worin dieses «Plus» konkret bestehe und welchen Mehrwert das Projekt gegenüber den zusätzlichen Aufwendungen und Kosten tatsächlich bringe.

Er verweist darauf, dass auch die Minderheit der Geschäftsprüfungskommission anerkenne, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändert hätten und Anpassungen im Bereich Schule und Betreuung notwendig seien. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass das Parlament mit dem vorliegenden Geschäft über einen Projektkredit und damit über die Umsetzung des Projektes entscheide.

Das vorgesehene Modell beruhe auf Freiwilligkeit. Ziel sei es, für Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen, Betreuungspersonal sowie Eltern bessere Rahmenbedingungen und eine höhere Planbarkeit zu schaffen sowie Synergien zu nutzen. Dies töne ja wunderbar. Er frage sich jedoch, weshalb entsprechende Synergien nicht bereits heute genutzt würden, wenn deren Umsetzung tatsächlich so naheliegend sei.

Er kritisiert, das Projekt werde in den Unterlagen sehr allgemein beschrieben. Während die konzeptionellen Grundlagen aus seiner Sicht wenig konkret ausfielen, werde der Projektkredit bereits auf 210'000 Franken beziffert. Dieses Vorgehen erachte er als eine «Salami-Taktik». Und dieser Salami habe er lieber auf dem Tisch als in der Politik.

Jordan äussert Zweifel daran, dass mit einem freiwilligen Modell die angestrebte Chancengleichheit erreicht werden könne. Schülerinnen und Schüler, welche die zusätzlichen Angebote nicht nutzten, würden aus seiner Sicht nicht im gleichen Mass von den vorgesehenen Fördermassnahmen profitieren. Zudem gehörten Hausaufgaben seiner Auffassung nach weiterhin zum schulischen Lernprozess.

Er verweist auf die für räumliche Anpassungen vorgesehenen Mittel von 10'000 Franken und bezweifelt, dass dieser Betrag ausreichend sei. Offen bleibe insbesondere, ob die bestehenden Räume den künftigen Anforderungen entsprächen oder zusätzliche Investitionen erforderlich würden. Er nennt als Beispiele eine angepasste Möblierung, Massnahmen zur Verbesserung der Akustik oder zusätzlichen Stauraum für Unterrichts- und Betreuungsmaterial. Neben der Salami wolle man ihm also auch noch «einen Bären aufbinden».

Veränderungen im Bereich Schule und Betreuung seien zwar notwendig, das vorliegende Projekt werfe jedoch noch zu viele offene Fragen auf. Die vorliegenden Grob- und Detailkonzepte vermöchten aus seiner Sicht noch nicht ausreichend aufzuzeigen, dass die Umsetzung wie vorgesehen gelingen könne. Er befürchte zudem, dass im weiteren Projektverlauf zusätzlich massive und derzeit noch nicht ausgewiesene Folgekosten entstehen könnten.

Urban Jordan hält weiter fest, er sei gespannt, anhand welcher messbaren Erfolgskriterien das Projekt später beurteilt werden solle. Die Rechnungsprüfungskommission habe diesen Punkt in ihrem Mitbericht ebenfalls angesprochen.

Abschliessend erklärt er, die SVP-Fraktion lehne die Vorlage grossmehrheitlich ab.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 16. APRIL 2026

GESCH.-NR. 2022-0608
BESCHLUSS-NR. 2026-99

ZÄHLUNG DER ANWESENDEN PARLAMENTSMITGLIEDER

Der Parlamentspräsident stellt fest, dass Melanie Haas, Mitte, eingetroffen ist.

Die Zählung ergibt 33 anwesende Mitglieder.

Abzüglich der Stimme des Präsidenten ergibt sich eine Zahl der stimmberechtigten Personen von 32. Die Zahl des absoluten Mehres liegt bei 17 Stimmen.

WEITERE VOTEN GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

BEAT BORNHAUSER, GLP

Beat Bornhauser, GLP, Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, bedankt sich bei seinen Vorrednern für deren Ausführungen zur Vorlage. Er hält fest, dass «Schule plus» nicht den Bau eines neuen Schulhauses, sondern ein Konzept zur Weiterentwicklung der Schulen in Illnau-Effretikon bezeichne.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hätten sich in den vergangenen Jahren verändert. Während früher häufiger ein Elternteil zu Hause gewesen sei, treffe dies heute vielfach nicht mehr zu. Dies erfordere auch eine Weiterentwicklung der schulischen Betreuungsangebote. Gleichzeitig sei bewusst auf die Einführung einer obligatorischen Tagesschule verzichtet worden. Stattdessen liege ein freiwilliges Modell vor.

Er betont, das Projekt stelle eine Investition in die Zukunft der Kinder dar. Aus seiner Sicht leiste es insbesondere einen Beitrag zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit.

Er setzt sich mit den geäusserten Bedenken seitens SVP-Fraktion auseinander und hält fest, diese beruhten aus seiner Sicht vorwiegend auf ein Bauchgefühl über mögliche Mehrkosten. Ein solches Vorgehen erachte er nicht als überzeugend. Würde das Parlament allein aufgrund möglicher Kostensteigerungen auf Projekte verzichten, könnten zahlreiche Investitionen, beispielsweise in den Werkhof oder in die Strasseninfrastruktur, nicht umgesetzt werden.

Bornhauser hält fest, er erkenne keine konkreten Gründe, welche gegen die Vorlage sprächen. Deshalb unterstütze er den Projektkredit und kündigt an, dass auch die GLP-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

MELANIE HAAS, MITTE

Melanie Haas, Mitte, Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, erklärt, die Mitte-Fraktion erachte «Schule plus» als ein wichtiges und zukunftsgerichtetes Projekt. Das Konzept knüpfe an den bestehenden Strukturen an und entwickle die Schulen dort weiter, wo sich die Bedürfnisse insbesondere im Bereich der Betreuung sowie im Familienalltag verändert hätten.

Sie führt aus, das vom Stadtrat vorgeschlagene Modell trage den unterschiedlichen Bedürfnissen der Familien Rechnung. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stelle heute eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung dar. «Schule plus» schaffe verlässliche Strukturen, ohne die Wahlfreiheit der Familien einzuschränken.

Sie betont, dass die freiwilligen Betreuungsmodule bestehen blieben und die Kinder weiterhin die Schule in ihrem Quartier besuchen könnten. Es handle sich nicht um einen Systemwechsel, sondern um eine pragmatische Weiterentwicklung. Das Konzept fördere eine engere Abstimmung zwischen Unterricht und Betreuung sowie mehr Verlässlichkeit im Schulalltag, ohne die Freiwilligkeit aufzugeben.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 16. APRIL 2026

GESCH.-NR. 2022-0608
BESCHLUSS-NR. 2026-99

Gerade die Freiwilligkeit sei für die Mitte-Fraktion von zentraler Bedeutung. Man habe sich bewusst gegen die Einführung einer obligatorischen Tagesschule entschieden und bewahre damit die notwendige Flexibilität für die Zukunft.

Sie verweist darauf, dass in die Erarbeitung des Projekts bereits erhebliche Arbeit investiert worden sei. Das Konzept sei sorgfältig vorbereitet, breit abgestützt und durchdacht. Die Einführung sei etappenweise für die Jahre 2026 bis 2029 vorgesehen. Dies zeige, dass eine schrittweise Umsetzung mit dem Ziel einer hohen Qualität angestrebt werde und die Schulen in diesen Prozess einbezogen würden. Gleichzeitig könne auf den gewonnenen Erfahrungen aufgebaut werden.

Der Nutzen des Projektes liege aus ihrer Sicht auf der Hand. Familien profitierten von besseren Rahmenbedingungen und einer höheren Verlässlichkeit im Alltag. Gleichzeitig werde die schulische Qualität gezielt weiterentwickelt.

Abschliessend hält Melanie Haas fest, dass mit der vorliegenden Vorlage ein klar begrenzter Projektkredit beantragt werde, welcher die fundierte Weiterentwicklung und Erprobung des Konzeptes überhaupt erst ermögliche. Der erwartete Nutzen stehe in einem angemessenen Verhältnis zu den beantragten Kosten. Die Mitte-Fraktion unterstütze den Antrag deshalb einstimmig.

VOTEN GESAMTPARLAMENT
LEONIE ANTWEILER, SP

Leonie Antweiler, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, weist darauf hin, dass sie aufgrund ihrer Tätigkeit als Primarlehrerin über eigene praktische Erfahrungen verfüge. Aus ihrer Sicht sei die finanzielle Unterstützung für die Koordination des Projekts «Schule plus» notwendig.

Sie erläutert, dass mit dem beantragten Kredit keine dauerhafte Finanzierung geschaffen werde, sondern ausschliesslich die Umsetzung des Projektes unterstützt werde. Die Einführung von «Schule plus» erfordere die Koordination zahlreicher Beteiligter, darunter die Küche, die Betreuung, die Lehrpersonen, die Schulleitungen sowie die Schulpflege. Damit das System funktioniere, seien entsprechende Koordinationsleistungen erforderlich.

Sie nimmt Bezug auf die geäusserten Bedenken hinsichtlich der Hausaufgaben und hält fest, dass sich deren Bedeutung verändere. Aus ihrer beruflichen Erfahrung beobachte sie, dass die Unterschiede zwischen Kindern, die zu Hause Unterstützung erhielten, und jenen, die darauf nicht zurückgreifen könnten, zunehmend grösser würden. Das Konzept «Schule plus» ermögliche es den Schülerinnen und Schülern, ihre Aufgaben während betreuter Lernzeiten in der Schule zu erledigen. Dies stelle einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit dar.

Antweiler betont, das Projekt sei von zahlreichen Fachpersonen und Lehrpersonen erarbeitet worden. Es sei gut durchdacht, sinnvoll ausgestaltet und trage den Bedürfnissen der Familien, der Kinder sowie der Mitarbeitenden Rechnung. Zudem arbeiteten viele Lehrpersonen gerne an Tagesschulen. Sie sei deshalb überzeugt, dass «Schule plus» auch die Attraktivität der Schulen in Illnau-Effretikon als Arbeitgeberin erhöhen werde.

Abschliessend erklärt sie, die SP-Fraktion unterstütze den beantragten Projektkredit und bitte das Parlament, der Vorlage zuzustimmen. Sie bedankt sich zudem bei allen Personen, die an der Ausarbeitung des Projektes mitgewirkt hätten.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 16. APRIL 2026

GESCH.-NR. 2022-0608
BESCHLUSS-NR. 2026-99

SIMONE SCHÄDLER, EVP

Simone Schädler, EVP, Mitglied des Stadtparlamentes, hält fest, dass es bei «Schule plus» nicht ausschliesslich um die Betreuung, sondern auch um eine Qualitätssteigerung im Schulbetrieb gehe. Über bereits umgesetzte Massnahmen auf Ebene der Schulleitung könne sie keine Aussage machen. Aus eigener Kenntnis schildert sie jedoch verschiedene Vorfälle aus dem Unterricht an der Sekundarschule A im Schulhaus Watt.

Seit den Sportferien sei es während des Unterrichts wiederholt zu schwerwiegenden Disziplinarproblemen gekommen. Als Beispiele nennt sie das Werfen einer Glasflasche mit Tomatensauce und von Mehl, das Stapeln und mutwillige Umstossen von Stühlen, das Zuschlagen von Türen, wiederholte Sachbeschädigungen in den Toiletten sowie das Werfen von Gegenständen aus dem Fenster. Zudem seien einem Lehrer zwei rohe Eier von hinten an den Kopf geworfen worden.

Sie erläutert, dass solche Vorfälle von Schülerinnen und Schülern teilweise mit Mobiltelefonen aufgezeichnet würden. Aufgrund eigener Wahrnehmungen sowie entsprechender Erzählungen von Schülerinnen und Schülern erachte sie die geschilderten Ereignisse als glaubwürdig.

Sie betont, an den Schulhäusern Eselriet und Watt bestehe aus ihrer Sicht weiterhin ein deutlicher Handlungsbedarf. Kinder mit auffälligem Verhalten müssten wesentlich enger begleitet werden. Zudem sehe sie auch nach neun Jahren weiterhin einen klaren Bedarf an Kleinklassen. Sie unterstütze deshalb jede Massnahme, welche zu einer Verbesserung der Betreuung und der Unterrichtsqualität beitrage. Dabei gehe es nicht nur um die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, sondern auch um eine stärkere Begleitung und Entlastung der Lehrpersonen.

Sie kritisiert jedoch, dass im vorliegenden Konzept der Einbezug der Eltern zu wenig berücksichtigt werde. Diese müssten zwingend Mitverantwortung übernehmen. Eine Verbesserung könne aus ihrer Sicht nicht allein durch eine intensivere schulische Betreuung erreicht werden. Ohne die Mitarbeit der Eltern werde sich nur wenig verändern. In einzelnen Fällen könne zudem ein Schulwechsel in eine besser geeignete Schulform angezeigt sein.

Abschliessend erklärt sie, sie unterstütze den Antrag ausdrücklich und hoffe auf dessen Annahme.

MARKUS ANNAHEIM, SP

Markus Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, würde persönlich eine noch weitergehende Entwicklung der schulischen Betreuungsangebote begrüssen. Er verweist auf ein von ihm überreichtes Postulat und erklärt, er hätte sich ein Opt-out-Modell mit einem vergünstigten Mittagstisch nach dem Vorbild der Stadt Zürich gewünscht. Gleichzeitig sei ihm bewusst, dass die Verhältnisse in Illnau-Effretikon nicht mit jenen der Stadt Zürich oder skandinavischer Tagesschulsysteme vergleichbar seien.

Er betont, das vorliegende Projekt stelle innerhalb des bestehenden Systems einen sinnvollen und richtigen Entwicklungsschritt dar. In einer Demokratie lasse sich nicht jede Wunschvorstellung vollständig umsetzen.

Eine engere Verzahnung von Unterricht und Betreuung führe aus seiner Sicht selbstverständlich zu einer Qualitätssteigerung. Auf die Frage, weshalb diese Zusammenarbeit bisher nicht umgesetzt worden sei, entgegnet

er, genau dies werde nun mit dem vorliegenden Projekt angegangen. Dafür sei der beantragte Projektkredit erforderlich.

Er erläutert, dass die Rechnungsprüfungskommission nach den Ausführungen der Leiterin Bildung, Franziska Bürgisser, sowie des zuständigen Stadtrates Samuel Wüest rasch zum Schluss gekommen sei, dass das Projekt sinnvoll sei und unterstützt werden solle. Die beantragten Kosten seien überschaubar. Umgerechnet auf die Projektdauer entsprächen sie rund 52'000 Franken pro Jahr und dienten hauptsächlich der externen fachlichen Begleitung der Umsetzung, was aus seiner Sicht zweckmässig sei.

Annaheim verweist darauf, dass die Rechnungsprüfungskommission in ihrem Antrag die angestrebten Ziele ausführlich dargelegt habe. Nicht sämtliche Ziele liessen sich im Voraus mit konkreten Kennzahlen definieren, was der Natur des Projektes geschuldet sei.

Das Parlament müsse sich seiner Rolle bewusst sein. Es habe den Auftrag zu erteilen, nicht aber die operative Umsetzung selbst zu übernehmen. Dafür stünden die zuständigen Fachpersonen zur Verfügung, welche die Zielsetzungen konkretisierten und umsetzten.

Abschliessend nimmt er Bezug auf das Votum von Beat Bornhauser, GLP, und erklärt, bei der Beurteilung einer Vorlage genügten Stammtischrhetorik und Bauchgefühl nicht. Das Parlament trage Verantwortung für seine Entscheide. Gerade bei einem Projekt mit Auswirkungen auf Kinder, Lehrpersonen und Eltern sei eine sachliche und verantwortungsvolle Auseinandersetzung erforderlich. Er zeigt sich überzeugt, dass die Mehrheit des Parlamentes dieser Verantwortung gerecht werde.

REPLIK DES STADTRATES
STADTRAT SAMUEL WÜST, SP, RESSORT BILDUNG

Stadtrat Samuel Wüst, SP, Ressort Bildung, bedankt sich für die engagierte Diskussion sowie für die Vorstellung des Projektkredites. Er hält fest, die wesentlichen Aspekte des Projektes seien bereits umfassend dargelegt worden.

Er befasse sich seit dreieinhalb Jahren mit dem Projekt «Schule plus». Von Beginn an sei das Ziel gewesen, die Umsetzung sorgfältig vorzubereiten und alle Beteiligten in den Prozess einzubeziehen. Aufgrund der Vielzahl der beteiligten Akteure – darunter Lehrpersonen, Betreuung, Schulleitungen, Schulpflege und weitere Mitarbeitende – sei eine schrittweise Einführung unabdingbar. Nur wenn alle Beteiligten mitgenommen würden, könne das Projekt erfolgreich umgesetzt werden.

Er erläutert, dass er bereits zu Beginn davon ausgegangen sei, dass die Einführung fünf bis sieben Jahre beanspruchen werde. Die geplante Umsetzung bis ins Jahr 2029 beziehungsweise 2030 entspreche daher diesem Zeithorizont. Angesichts von rund 1'900 Schülerinnen und Schülern sowie etwa 400 Lehrpersonen und zahlreichen weiteren Mitarbeitenden könne eine derart umfassende Veränderung nicht kurzfristig erfolgen. Ein überhastetes Vorgehen würde den Projekterfolg gefährden. Er betont, der beantragte Projektkredit sei notwendig, um die vorgesehene Projektorganisation aufzubauen und die Umsetzung professionell zu begleiten.

Wüst nimmt Bezug auf die geäusserten Bedenken hinsichtlich möglicher Mehrkosten und der Raumoptimierung. Ziel sei es, nur jene Anpassungen vorzunehmen, die tatsächlich erforderlich seien. Es gehe nicht darum, bestehende Räume umfassend umzubauen, sondern anstehende bauliche Massnahmen so zu nutzen, dass

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 16. APRIL 2026

GESCH.-NR. 2022-0608
BESCHLUSS-NR. 2026-99

möglichst multifunktionale Räume entstünden. Dadurch könnten Unterricht und Betreuung dieselben Räumlichkeiten nutzen und Raumbedarf sowie zusätzliche Bauvorhaben reduziert werden. Diese Optimierung entspreche den Zielsetzungen von Stadtrat und Schule.

Zum Thema Hausaufgaben erklärt er, dass die konkrete Ausgestaltung noch nicht abschliessend feststehe. Es sei durchaus denkbar, dass bestimmte Aufgaben weiterhin zu Hause erledigt würden. Die Frage werde im Rahmen des Projektes vertieft geprüft. Dabei gelte es insbesondere den unterschiedlichen familiären Voraussetzungen Rechnung zu tragen. Teilweise verfügten Eltern nicht über ausreichende Deutschkenntnisse, um ihre Kinder bei den Hausaufgaben zu unterstützen. Auch diese Herausforderungen müssten in die Projektarbeit einfliessen.

Er nimmt schliesslich Bezug auf den Vorwurf einer «Salamitaktik» und weist diesen zurück. Der beantragte Projektkredit belaufe sich auf 210'000 Franken. Wäre der Kredit unterhalb der parlamentarischen Zuständigkeitsgrenze gelegen, hätte der Stadtrat darüber selbst entscheiden können. Da der Betrag darüber liege, sei es richtig, dass das Parlament darüber befinde. Gleichzeitig sei es für Verwaltung und Schule wertvoll, die Rückmeldungen aus dem Parlament aufzunehmen. Insbesondere der Wunsch nach einer freiwilligen Teilnahme sei in der Projektentwicklung stets als zentrale Vorgabe berücksichtigt worden.

Abschliessend bedankt Samuel Wüst sich für die sachliche Diskussion und spricht die Hoffnung aus, dass der Projektkredit vom Parlament angenommen werde.

Der *Parlamentspräsident* stellt fest, dass seitens des Plenums kein Parlamentsmitglied das Wort mehr zu begehren wünscht. Folglich kann zur Beschlussfassung übergeleitet werden.

ABSTIMMUNG
zu Dispositivziffer 1

DAS STADTPARLAMENT

AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND NACH EINSICHTNAHME IN DEN BERICHT DER GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION SOWIE DEN MITBERICHT DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

BESCHLIESST

GESTÜTZT AUF ART. 21 ZIFFER 5 DER GEMEINDEORDNUNG:

1. Für das Projekt «Schule plus» wird ein Kredit von Fr. 210'000.- zu Lasten der Investitionsrechnung, Projekt-Nr. 3100.5290.001, Anlagen-Nr. 11466, bewilligt.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.
3. Das Begehren um Anordnung einer Urnenabstimmung über die Beschlüsse kann gestützt auf § 157 Abs. 3 lit. a des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) i.V.m. Art. 15 Ziff. 2 Gemeindeordnung von 300 Stimmberechtigten innert 60 Tagen gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung oder gestützt auf § 157 Abs. 3 lit. b GPR von einem Drittel der Mitglieder des Stadtparlamentes innert 14 Tagen gerechnet ab dem Tag nach der Beschlussfassung schriftlich beim Stadtrat eingereicht werden.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 16. APRIL 2026

GESCH.-NR. 2022-0608
BESCHLUSS-NR. 2026-99

4. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
5. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
   a. Schulpflege
   b. Abteilung Bildung
   c. Abteilung Finanzen
   d. Abteilung Präsidiales, Parlamentsdienst (dreifach)

Der obgenannte Beschluss kam mit einem Stimmenverhältnis von 24 : 6 zu Stande.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Stadtparlament Illnau-Effretikon

Marco Steiner
Parlamentssekretär

Versandt am: 17.04.2026